

# LI- Kurier 02/2001

Magazin der Deutschen Gruppe der Liberal International  
und der liberalen Bewegung für ein Vereintes Europa e.V. (DGLI)



## Aus dem Inhalt dieser Ausgabe

- DGLI intern: Zielvereinbarungen über die künftige Arbeit der DGLI
- Liberale international: Liberale Parteien weltweit
- Europapolitik: Belgien übernimmt EU-Ratspräsidentschaft, div. Parlamentswahlen
- Internationale Politik
- und vieles mehr ...

## Notizen des Generalsekretärs

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde der DGLI,

an dieser Stelle wende ich mich zum letzten Mal als Generalsekretär der DGLI an Sie. Die Gründe hierfür sind durchaus liberal zu begründen. Im Verlaufe des letzten Jahres hat die ständig steigende zeitliche Belastung innerhalb der FDP-Bundesgeschäftsstelle dazu geführt, dass ich das Amt des Generalsekretärs der Deutschen Gruppe keinesfalls so ausüben konnte, wie es meinen eigenen Vorstellungen entspricht. Da sich dies durch Übernahme weiterer Aufgaben im Thomas-Dehler-Haus und vor allem mit Blick auf die Bundestagswahlen 2002 sicher nicht grundlegend bessern wird, bin ich zu der Überzeugung gelangt, dass es für unsere Deutsche Gruppe besser ist, wenn ein neuer Generalsekretär - auch mit neuem Schwung und ebensolchen Ideen - zum schnellstmöglichen Zeitpunkt diese Aufgabe übernimmt.

Daher trete ich zum 1. September 2001 von meinem Amt als Generalsekretär der DGLI zurück. Ich möchte gerne, wobei ich nicht sicher bin, ob dies nicht nur dem Präsidenten zusteht, der Mitgliederversammlung in Hamburg vorschlagen, Dirk Weissleder als meinen Nachfolger zu wählen. Ich bin zutiefst überzeugt, dass er die Aufgaben deutlich besser wahrnimmt, als es mir derzeit möglich ist. Sie haben Dirk Weissleder bereits durch die Lektüre des letzten LI-Kuriers näher kennenlernen können. Wenn Sie diese Ausgabe, die ganz überwiegend wieder sein Werk ist, als Bewerbungsschreiben auffassen, bin ich überzeugt, Sie werden ihn wählen.

Ein wunderbares Chanson lautet „Niemals geht man so ganz“. Dies gilt auch für mich, denn der LI werde ich

schon dadurch verbunden bleiben, dass ich in der FDP weiterhin für diese Kontakte zuständig sein werde.

Ihnen möchte ich bereits heute für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen drei Jahren danken. Soweit zur Abteilung Sentimentalitäten, nun noch zu Aktuelles:

Sie haben die Einladung zu unserem Jahreskongress in Hamburg vor einigen Wochen erhalten. Leider haben sich zwei Fehler in den beigefügten Anmeldebogen eingeschlichen, die Ihre Anmeldung mitunter unmöglich gemacht haben könnten, da zum einen die angegebene Faxnummer, zum anderen die Bankverbindung falsch ausgedruckt waren. Das Programm fasse ich noch einmal wie folgt zusammen:

15.30 Uhr Symposium u.a. mit dem Vorsitzenden der ELDR, Werner Hoyer

anschl. (ca. 17.30 Uhr) offizielle Mitgliederversammlung.

20.00 Uhr Ball

Alle Programmpunkte finden im Hotel Intercontinental, Fonteney 10, 20354 Hamburg, statt. Der Kostenbeitrag für den Ball beläuft sich auf DM 150.- p.P., hierin sind die Kosten für ein Menü beinhaltet. Überweisungen bitte auf unser Konto 9246000, BLZ 10040000, Commerzbank AG Berlin.

Bitte melden Sie Ihre Teilnahme – formlos – unverzüglich an:

Frau Maria Luisa Warburg  
Kaspar-Ohm-Weg 10  
22391 Hamburg  
Tel. 040-5366295  
Fax 040-5364535  
[m.l.warburg@hamburg.de](mailto:m.l.warburg@hamburg.de)

Als Anlagen sind diesem Kurier beige-fügt:

- Antrag zur Beitragsordnung
- Fragebogen
- Protokoll der Mitgliederversammlung 2000

Bitte haben Sie Verständnis, dass diese produktionstechnisch bedingt in den Kurier eingebunden sind.

Hope to see you in Hamburg

+++

### President's corner

Liebe Mitglieder der DGLI,

liberales Gedankengut ist wichtig für unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, davon sind wir alle überzeugt. Dennoch haben wir - gerade in Deutschland - lange Zeit mitansehen müssen, wie es mit dem organisierten Liberalismus nicht bergauf sondern gemessen an den Wahlergebnissen eher bergab ging. Das ist erfreulicherweise vorbei.

Wer von uns hätte vor einigen Jahren gedacht, dass einmal ein liberaler Ministerpräsident, nämlich Guy Verhofstadt, die belgische Regierung bei deren EU-Präsidentschaft anführen würde? Die belgischen Liberalen an der Macht - sie haben zwar noch nicht für eine bessere Justiz (Stichwort Dutroux) sorgen können, aber sie kümmern sich engagiert um die Vertiefung und Erweiterung der EU, sind ein Motor der Entwicklung Europas. An ganz wichtiger Stelle mit dabei: unsere LI-Präsidentin Annemie Neyts. Das ist eine sehr erfreuliche Entwicklung.

Ich hoffe sehr viele von Ihnen bei unserer Jahreshauptversammlung in Hamburg wiederzusehen. Frau Warburg hat ein sehr interessantes Programm mit hochkarätigen Liberalen aus dem In- und Ausland zusammengestellt, ein Programm, das auch Gelegenheit zum näheren Kennenlernen und gemeinsa-

men Feiern in festlicher Atmosphäre bietet. Und außerdem: Hamburg ist immer eine Reise wert. Bitte kommen Sie nach Hamburg, auch weil eine wichtige personelle Veränderung zu besprechen ist. Unser Generalsekretär Jörg Paschedag hat Ende Juli mitgeteilt, dass er wegen seiner beruflichen Verpflichtungen im Thomas-Dehler-Haus sein Amt nicht mehr so ausüben kann wie er das möchte, und dass er hofft, dass Dirk Weissleder seine Nachfolge antreten wird. Jörg Paschedag bin ich dankbar für die lange Zusammenarbeit, und da ich aus früherer Tätigkeit heraus seine beruflichen Belastungen als Leiter der Organisation der Geschäftsstelle der deutschen liberalen Partei u.v.a.m. gut kenne, kann ich seine Entscheidung nur mit Respekt akzeptieren und ihm vorweg schon hier herzlich für seine bisherige wichtige Arbeit danken. In Hamburg wird dies ausführlicher geschehen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn Dirk Weissleder seine Nachfolge antreten würde, da er in den letzten Monaten durch sein Engagement, gerade auch seine konzeptionellen Beiträge, gezeigt hat, wie wichtig er für die künftige Arbeit unserer Gruppe ist und nach meiner Überzeugung sein wird. Selbstverständlich müssen wir dann aber auch darüber reden, wie die Voraussetzungen geschaffen werden können, unsere Gruppe nachhaltig zu stärken - das geht nur durch eine breite, gemeinsame Anstrengung. Ohne die Leistungen anderer abwerten zu wollen: Frau Müller hat in Baden-Württemberg gezeigt, was man tun kann, um das Interesse der Mitglieder an der Gruppe zu stärken und neue Mitglieder zu gewinnen, solche Ansätze gilt es zu vervielfachen.

Bis zu unserem Wiedersehen in Hamburg grüßt Sie herzlich

Ihr Gerold Dieke

## Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde des internationalen Liberalismus,

unsere Mitgliederversammlung am 01. September 2001 in Hamburg wirft ihre Schatten voraus. Vor wenigen Tagen haben Sie bereits die Einladungen zu dieser Veranstaltung erhalten. Das Präsidium hofft auf einen regen Zuspruch und wir alle freuen uns darauf, Sie in Hamburg begrüßen zu können.

Ziel unserer Arbeit in der Deutschen Gruppe der Liberal International ist es, das Wissen über und den Kontakt zu liberalen Parteien weltweit zu fördern. Aus diesem Grunde berichten wir in einer eigenen Rubrik hierüber. Weiterhin kommt den Themenbereichen Europäischen Integration und internationale Politik eine besondere Rolle zu, um internationale (liberale) Entwicklungen einschätzen zu können.

Im weiteren finden Sie Berichte über die aktuellen Beschlüsse der DGLI, insbesondere zur begonnenen Kulturentwicklung, zu der Sie ebenfalls einen beigefügten Fragebogen finden. Anhand des Fragebogens wollen wir über die Interessen, Wünsche und Gedanken unserer Mitglieder unter hinsichtlich der Deutschen Gruppe der Liberal International in Erfahrung bringen, um ggf. angemessen durch Angebote reagieren und neue Ideen umsetzen zu können. Z.Z. erarbeite ich darüber hinaus einen „Leitfaden Deutsche Gruppe der Liberal International“, der nach seiner Fertigstellung allen Mitgliedern der DGLI sowie Interessierten zur Verfügung gestellt werden soll. Hierin soll über die Deutsche Gruppe im liberalen Weltverband informiert werden. Auch liegt bereits Material für eine inhaltliche Aufbereitung unserer Internetpräsenz vor, deren Realisierung sich leider verzögert. Wir bleiben jedoch weiter am Ball.

Ich wünsche Ihnen allen für Spaß bei der Lektüre des neuen LI-Kuriers und danke schon heute für konstruktive Kritik und Anregungen. Nehmen Sie gerne mit mir Kontakt auf!

Es grüßt Sie herzlich

Ihr

**Dirk Weissleder,**  
Pressesprecher der DGLI

+++

## DGLI intern

### *Präsidiumssitzung in Düsseldorf*

Das Präsidium der Deutschen Gruppe der Liberal International traf sich am 04. Mai 2001 in Düsseldorf zu einer routinemäßigen Sitzung. Dabei wurden einige Ziele hinsichtlich der geplanten Kulturentwicklung der DGLI vereinbart, die hier wiedergegeben werden:

Zielvereinbarung über die zukünftige Arbeit der DGLI

1. Ziel: Informationsfluß zwischen Präsidium, Sektionen und Mitgliedern steigern
  - ständiger E-Mail-Austausch (oder Fax): Vernetzungspotentiale nutzen
  - Zeitungsausschnitte o.ä. an die Redaktion des LI-Kuriers weiterleiten
  - „Nicht auf Wissen sitzen bleiben!“ – Kontakte herstellen und vermitteln
2. Ziel: Sitzungen des Präsidiums/Aktionen der Sektionen medial gut plazieren
  - Präsidiumssitzungen mit Aktionen verbinden, Pressegespräch (Veröffentlichungen sind preisgünstigste Werbung für die DGLI)

## Deutsche Gruppe der Liberal International (DGLI)

- Aktionen immer dem FDP- Umfeld mitteilen
  - Partner für Veranstaltungen suchen
  - Bezüge ins Ausland herstellen und Kontakte herausstellen
3. Ziel: Rahmenthemenvorschläge/ Öffentlichkeitsarbeit
- Themenplazierungen (Europa, Liberalismus weltweit, Menschenrechte)
  - großes liberales Dokument der DGLI ausarbeiten und unterzeichnen
  - aktive Vorbereitung des LI-Kongresses im März 2002 in Budapest
  - Besuche Bundestag, EU, EP, NATO
  - Unternehmensbesuche
  - Politik-Dialog mit liberalen Kräften in den Regionen
4. Ziel: Sektionen in die Lage versetzen, neues Konzept leicht umsetzen zu können
- neues Veranstaltungskonzept „Wie steht es mit der Freiheit?“
  - regelmäßige Presseerklärungen (Weitergabe durch die SektionspräsidentInnen)
  - neuer Flyer „Ein Leuchtturm für die Freiheit“
5. Ziel: Mehrwert für Mitglieder schaffen, neue Mitglieder werben (insbesondere im Osten)
- Leitfaden Deutsche Gruppe und Liberal International (in Arbeit)
  - Dokumentation „Die liberale Weltfamilie“ (in Arbeit)
  - Fragebogenaktion Mitglieder
  - interessante Inhalte auf der Website bereitstellen (Geschichte der DGLI, alte Fotos)
6. Stiftung eines Jahrespreises der DGLI für Toleranz und internationa-

le Verständigung (ursprüngliche Idee von Thorsten W. Weber, Hamburg 1998)

- Stiftung des Preises durch Mitglieder und Freunde der DGLI
- Preis erlaubt öffentliche Wahrnehmung und Ansprache wichtiger Persönlichkeiten

Die genannten Zielvorgaben lassen sich selbstverständlich weder vom Präsidium allein, noch in kürzester Frist umsetzen. Vielmehr braucht es Zeit und die Unterstützung aktiver Mitglieder der DGLI.

Das Präsidium der DGLI verständigte sich ebenfalls darauf, anhand eines Fragebogens (beiliegend) den Meinungsstand u.ä. der Mitglieder in Erfahrung bringen zu wollen. Dieser Fragebogen wird von den beiden Vizepräsidentinnen sowie dem Pressesprecher ausgewertet und anschließend im Präsidium diskutiert.



**Das Präsidium der DGLI**

(von links: Hans- Werner Bepler, Sabine Waegner, Prof. Klaus Wettig, Maria- Luisa Warburg, Ulrich Krehl, Dirk Weissleder, Ingeborg Müller, Gerold Dieke, leider nicht auf der Aufnahme zu sehen sind Rainer Maute und Jörg Paschedag).

Foto: DGLI

## **Liberaler international**

### **Liberaler Parteien weltweit**

#### *Senegal*

Die regierende Koalition unter Präsident Abdoulaye Wade (Parti Démocratique Sénégalais, PDS; Mitglied der Liberal International) hat bei den Wahlen zur senegalesischen Nationalversammlung Anfang Mai die absolute Mehrheit der Sitze erreicht. Wade hatte im Jahr 2000 mit dem Sieg über Präsident Abou Diouf die über 40 Jahre dauernde Vorherrschaft der Sozialistischen Partei des Landes gebrochen. Bislang hatte diese weiterhin die Mehrheit in der Nationalversammlung in Dakar. Präsident Wade ist nicht unumstritten, will er doch ein ehrgeiziges Wirtschaftsprogramm (Privatisierung, Liberalisierung sowie strikte Ausgabenkontrolle) umsetzen und der seit 19 Jahren durch Bürgerkrieg zerrütteten Region Casamance, im Süden Senegals, Frieden schaffen [vgl. FAZ vom 02.05.01].

#### *Litauen*

Der liberale Ministerpräsident Litauens, Rolandas Paksas, hat Ende Juni seinen Rücktritt als Regierungschef erklärt. Die von ihm geführte Koalition aus der Liberalen Union (LI-Mitglied), deren Vorsitzender er ist, der sozialliberalen Neuen Union und kleineren Parteien war wegen Differenzen in der Steuer- und Wirtschaftspolitik auseinandergebrochen. Paksas trat für Steuerensenkungen und die Beschleunigung anstehender Privatisierungen ein.

#### *Österreich*

In Österreich ist der 24-jährige Alexander Zach zum neuen Vorsitzenden des Liberalen Forums gewählt worden. Zach will nach den schweren Wahlniederlagen in der Vergangenheit die Par-

tei zu einer liberalen Plattform in Österreich umgestalten [FAZ vom 23.04.2001].

#### *FDP – Die deutschen Liberalen*

*Beobachtungen auf dem 52. ordentlichen Bundesparteitag der FDP vom 04. bis 06. Mai 2001 in Düsseldorf unter dem Motto „Die Zukunft der Freiheit“*

Es war ein Parteitag der Reformen. Dieses wurde nicht nur durch die Verjüngung des Präsidiums deutlich – Guido Westerwelle (39) ist der jüngste Bundesparteivorsitzende einer im Bundestag vertretenen Partei in der Geschichte der Bundesrepublik, mit Cornelia Pieper (42) wird erstmals eine Frau Generalsekretärin der FDP. Hierdurch sowie durch viele neue Beitritte wird die FDP weiblicher.

Auch inhaltlich brach man in Düsseldorf zu neuen Ufern auf. Nach vielen Jahren gehen die Liberalen ohne Koalitionsaussage in die nächste Bundestagswahl, die im Herbst 2002 stattfinden wird. Hinzu tritt die neue Strategie 18|2002, mit der die Freien Demokraten im Bund in neue Sphären an Wählerstimmen vorstoßen wollen.

Unter Führung des NRW-Vorsitzenden Jürgen W. Möllemann sollten die Freidemokraten nicht nur mit der von ihm im November in Nürnberg vorgeschlagenen „Strategie 18“ (für 18% Stimmenanteil), sondern ebenfalls mit einem eigenen Kanzlerkandidaten antreten, um den größeren Parteien ebenbürtig zu sein. Dieses wußte der neue Vorsitzende Westerwelle jedoch zu verhindern, indem er den Parteitag mehrheitlich dazu brachte, ihm keinen Kanzlerkandidaten an die Seite zu stellen bzw. ihn zu einem solchen zu machen. Auch mit 18 % könne die Partei keinen Bundeskanzler stellen, unter-

strich er gegenüber den Delegierten. Die Liberalen wollen indes eine Partei für das ganze Volk sein. Liberalismus sei keine Einkommensklasse, sondern eine Geisteshaltung, so der neue FDP-Chef.

Ein dritter Reformbereich, der auf dem Bundesparteitag in Düsseldorf verabschiedet wurde, ist die Veränderung im Design-Auftritt der Partei. Nachdem sie bereits seit zwei Jahren mit dem Kürzel „www.fdp.de“, d.h. die Adresse der mehrfach mit Preisen ausgezeichneten Internetseite der deutschen Liberalen, einen dynamischeren, moderneren Eindruck machte, wurde nun beschlossen, die 1968 auf dem Freiburger Parteitag eingeführten drei Punkte der Abkürzungsbuchstaben wieder zu tilgen und es lediglich bei den drei großen Lettern zu belassen, schlichter und nüchtern erscheint heute zeitgemäßer. Die Farbkombination gelb-blau bleibt natürlich erhalten.

Es war ein Parteitag des Wechsels und der Emotionen. Zunächst wurde Wolfgang Gerhardt aus seinem Amt als Parteivorsitzender verabschiedet. Gerhard will sich nun noch stärker seiner Aufgabe als Vorsitzender der Bundestagsfraktion widmen. In seiner Abschiedsrede, die er „Die Kraft der Freiheit“ nannte, rief er dazu auf, seinen Nachfolger zu unterstützen. Gerade an notwendiger Unterstützung und an Teamgeist hatte es in den vergangenen Monaten, insbesondere vor der Einigung mit Westerwelle, gefehlt. Die Anwürfe aus NRW hatten ihn darüber hinaus viel Kraft gekostet. Der neue Chef Westerwelle wurde mit fast 90 % der Delegiertenstimmen zum Nachfolger Gerhards gewählt. Damit ging eine Übergangsphase zuende, die im Januar, nachdem sich beide über die weiteren Entwicklungen geeinigt hatten, ihren Anfang genommen hatte. Möllemann wurde (mit 66,3 %) wie auch sein Gegenpart Walter Döring

(mit nur 50,7 %) zum Parteivize gewählt. Auf 88,9 % kam der dritte Stellvertreter, Rainer Brüderle aus Rheinland Pfalz.



Der neue Parteichef Dr. Guido Westerwelle

Foto: DGLI

Möllemann, „*der es wie kein Zweiter versteht, die Partei zu ermutigen*“ (Frankfurter Rundschau), ergriff den Parteitag in besonders emotionaler Wiese: Wenn er Fallschirm springe, dann seien von oben gesehen „*die Liberalen nicht kleiner als Sozial- oder Christdemokraten*“. Das war nach dem Geschmack der Zuhörer, die Liberalen kämpferisch wie lange nicht. Ruth Wagner, die nach ihm sprach und zu mehr Besonnenheit aufrief, stieß mit ihrer Rede emotional auf wenig Verständnis. Doch wer nun glaubte, Westerwelle, der anschließend sprach, müsse hinter Möllemann aufstecken, der erlebte eine weitere brillante Rede des neuen Vorsitzenden, authentisch, kämpferisch und vollkommen frei, mit der er seinen Führungsanspruch untermauerte.

In seiner Rede verwies der neue liberale Chef auf die modernen programmatischen Akzente der Partei. Man müsse Abschied nehmen von dem alten Bild über die FDP nach dem Motto „*klein aber fein*“. Die Partei wende sich an alle im Volke, an alle Bevölkerungsgruppen, die mehr Freiheit wollen und bereit sind, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen sowie staatliche Bevormundung ablehnten. Sein Ziel ist klar: Die FDP eigenständig und unabhängig in den Wahlkampf zu führen und sie zurück an die Macht zu bringen. Es gelte, die für Politik zurückzugewinnen, die sich von ihr abwendeten und am Wahlsonntag zu Hause blieben. „*Dafür*“, so Westerwelle, „*müssen wir neue Wege gehen. Aber es werden unsere eigenen Wege sein. Die Zukunft gehört den Mutigen. Seien wir mutig.*“

#### Bürgerfonds für Deutschland

Bereits auf dem Bundesparteitag in Düsseldorf wurde der sog. Bürgerfonds für Deutschland vorgestellt: Die FDP wird im Bundestagswahlkampf 2002 das Werben um Stimmen mit der Werbung um Spenden für die Partei verbinden. Hierzu wurde am 18.06.2001 ein eigenes Kampagnenbüro „18|2002 – Bürgerfonds für Deutschland“ in der Berliner Kulturbrauerei eröffnet, das nach amerikanischen Vorbild Spenden sammeln soll. Ziel ist es, durch vielfältige bundesweite Fundraising-Aktionen 18 Mio. DM an Spenden für die FDP unter Führung von Bundesschatzmeister Günter Rexrodt einzuwerben, ein Beitrag für eine transparente Spendenkultur. Unterstützt wird das Kampagnenbüro von „Weber-Shandwick“, einer der weltweit größten PR-Agenturen.

Mit den Bürgerspenden wehrt sich die FDP gegen die drohende materielle Übermacht von Rot-Grün im kommen-

den Bundestagswahlkampf. Allein 1999 und 2000 hatte die Bundesregierung für Öffentlichkeitsarbeit 285 Mio. DM an Steuergeldern aufgewendet, weitere 138 Mio. DM sind für das Haushaltsjahr 2001 eingeplant [vgl. Presseerklärung der FDP Bundespartei vom 18.06.2001; die Internetpräsenz des Bürgerfonds findet sich unter: [www.achtzehnzweitausendzwei.de](http://www.achtzehnzweitausendzwei.de) ].

#### *Nachtrag: Thailand*

Bei den Parlamentswahlen in Thailand im Januar 2001 errang die Democratic Party (Mitglied im Council of Asian Liberal Democrats, ALD) 128 der insgesamt 248 Sitze [The London Areogramme, No. 40, p. 6].

+++

#### **Innenpolitik**

Ein großes innenpolitisches Thema, das Mitte Mai die Gemüter in Deutschland erregte, hatte eindeutig außenpolitische Bezüge: das sog. Crobog-Papier sorgte für Irritationen zwischen den USA und Deutschland. Der deutsche Botschafter Jürgen Crobog hatte ein Gespräch im Weißen Haus am 29. März zwischen Präsident Bush, Kanzler Schröder, Sicherheitsberaterin Rice und Kanzleramtmister Steiner für lediglich interne Zwecke dokumentiert. Diese Niederschrift geriet jedoch in die Öffentlichkeit. In der Gesprächsnotiz wird eine Verbindung Libyens mit dem Anschlag an die Berliner Diskothek „La Belle“ sowie dem erzwungenen Flugzeugabsturz über dem schottischen Lockerbie.

Mit der Veröffentlichung des sog. Chrobog-Papiers in den Medien hat die Bundesregierung ihre bislang größte außenpolitische Blamage ihrer Amtszeit erlitten. Als Grund für die Weitergabe des vertraulichen Papiers

gelten Rivalitäten zwischen dem deutschen Außenministerium und dem Bundeskanzleramt. Ende Juli wurde gemeldet, daß die sog. Crobog-Steiner-Affäre nicht weiter untersucht werde. Es war nicht gelungen herauszufinden, wer den besagten Bericht an die Öffentlichkeit gebracht hatte ...

Die deutsche Innenpolitik wurde in den vergangenen Wochen jedoch am stärksten von dem Auseinanderbrechen der Großen Koalition aus CDU und SPD in Berlin beeinflußt, deren Ursachen im Parteienfilz sowie dem Skandal um die Finanzmisere der Berliner Bank zu suchen sind. In der Hauptstadt wurde am Samstag, den 16. Juni 2001 Klaus Wowereit mit den Stimmen der SPD, Bündnis90/Die Grünen und der PDS zum neuen Regierenden Bürgermeister von Berlin gewählt. Zuvor hatte das Abgeordnetenhaus dem bisherigen Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) und den Senatoren das Vertrauen entzogen.

Noch im Oktober wird es Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus geben. Auch die FDP hatte die Forderung „Neuwahlen jetzt“ unterstützt und mit Unterschriftensammlungen dafür geworben. Den Wahlen in Hamburg (23. September) und Berlin werden Signalwirkung für die Bundestagswahl 2002 beigegeben.

#### *Einwurf*

Noch vor Beginn der Sommerpause sprach Bundeskanzler Schröder von der „Politik der ruhigen Hand“. Beobachter erinnern sich schwach, daß man seinem Vorgänger im Amte die Fähigkeiten des Aussitzens attestiert hatte ... Im April hatte Schröder jedoch die Wogen hoch gehen lassen, als er davon sprach, daß es kein Recht auf Faulheit gebe. Hierzu als kleiner Einwurf ein Kommentar aus der FAZ vom

17.04.2001 unter der Überschrift „**Das Solidarversprechen**“ wiedergegeben:

*„Bar. Ein liberaler Regierungschef würde den Satz „Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft“ nicht sagen. Denn es ist doch zu hoffen, daß wir stets in einer Gesellschaft leben werden, in der es auch dieses Recht gibt. Was Bundeskanzler Schröder hätte sagen sollen, ist eher dieses: „Es gibt in unserer Gesellschaft kein Recht auf Faulheit zu Lasten der Solidargemeinschaft.“ Dagegen sollte dann weder die Opposition noch seine eigene Partei wettern. Wie auch immer: In der sogenannten Faulenzerdebatte geht es nicht darum, daß ein arbeitslos gewordener Mitbürger Hals über Kopf und ohne Rücksicht auf sein Leistungsvermögen jede beliebige neue Arbeit annehmen soll, um nicht als Almosenempfänger dazustehen. Der Bezug von Arbeitslosengeld ist kein Gnadengeld der Gesellschaft, sondern eine mit Beiträgen wohlverdienene Vorsorgeleistung. Es geht um das Schindluder, das – wahrlich nicht in allen Fällen, aber doch häufiger als nur gelegentlich – mit der Sozialhilfe getrieben wird. Das Solidarversprechen der Gesellschaft, niemand müsse aus Mangel an Leistungskraft verhungern oder erfrieren, wird ausgebeutet. Es gibt viel ungetane Arbeit. Und es gibt mittlerweile Milieus, in denen die mehrere Generation umfassende Sozialhilfekarriere zur Normalität geworden ist. Hier zeigt sich ein Problem, das nicht nur die öffentlichen Kassen strapaziert. Dagegen darf auch eine liberale Gesellschaft etwas unternehmen wollen.“*

+++

#### **Europa**

In den vergangenen Monaten ist die Europäische Politik von einigen Irritationen begleitet worden. So fand der

EU-Gipfel in Göteborg, bei dem es u.a. ein erstes Treffen mit dem US-Präsidenten Bush gab, im weiträumig abgesperrten Messe- und Kongreßzentrum statt. Am Rande der Tagung war es zu schweren Krawallen gekommen. Die FAZ titelte einen Bericht „**Nach der „Schlacht von Göteborg“**“, die Konferenz, die ein gelungener Schlußstein der schwedischen Ratspräsidentschaft werden sollte, wurde zu einem peinlichen Bild der Hilflosigkeit und Sprachlosigkeit zwischen Bürger und Politik. Die Regierungen und Institutionen entfernen sich ganz eindeutig immer stärker von den Bedürfnissen und der Kritik ihrer Bevölkerung (vgl. als jüngstes Beispiel die BSE-Krise). Gewaltexzesse extremistischer Gruppen, die von einem internationalen Gipfel zum nächsten ziehen, um Verwüstungen anrichten, scheinen nach den Göteborger Krawallen, bei dem ein Schaden von rund 20 Mio. DM verursacht wurde, zum bitteren Alltag der EU geworden. Krawallen dieses Ausmaßes hatten vor zwei Jahren in Seattle beim WTO-Treffen begonnen und sich in Prag, Nizza und Malmö fortgesetzt. Beim G8- Gipfel in Genua war im Juli nach massiven Demonstrationen und härtestem Polizeieinsatz erstmals ein Demonstrant ums Leben gekommen.

Zum Abschluß des EU-Gipfels in Göteborg einigten sich die Staats- und Regierungschefs darauf, bereits in drei Jahren erste neue (osteuropäische) Mitglieder aufzunehmen. Ministerpräsident Göran Persson hatte dies als Erfolg seines Landes dargestellt, weil das Gremium damit entgegen der Bedenken Deutschlands und Frankreichs über die Zusicherungen des Gipfels in Nizza hinausgegangen war. Mit der „Göteborger Formel“ hat die EU erstmals ein konkretes Datum für den Abschluß der Verhandlungen (Ende 2002) genannt. Aussichtsreichste Kandidaten für eine Mitgliedschaft sind

Ungarn, Zypern, Estland, Slowenien und die Tschechische Republik, danach folgen Malta, Lettland, Litauen, Polen und die Slowakei, Rumänien und Bulgarien bilden das Schlußlicht.

Die Ergebnisse von Göteborg werden jedoch durch das schroffe Nein der 530.000 Iren getrübt, die sich in einem Referendum gegen die Erweiterung der EU ausgesprochen haben. Hierdurch soll der Ratifizierungsprozess des Vertrages von Nizza zwar nicht gefährdet werden, unklar ist jedoch, ob die Iren in einer zweiten Abstimmung positiv votieren werden und wann dies geschehen könnte. In diesem Zusammenhang erinnert man sich an die Ablehnung der Dänen, die sich 1992 gegen den Vertrag von Maastricht aussprachen. Es scheint, als habe der Gipfel von Göteborg den Warnruf der Iren zunächst einmal überhört. Es bleibt abzuwarten, ob die neue belgische Präsidentschaft mehr Sensibilität für die Bedürfnisse der Bürger Europas entwickelt.

#### *EP kippt EU-Richtlinie zu Firmenübernahmen*

Welche Folgen eine erstarkte parlamentarische Kammer mit sich bringt, zeigte sich am 05. Juli 2001 in Straßburg. An diesem Tag lehnte das Europäische Parlament (EP) in Straßburg mit einem denkbar knappen Votum von 273 Stimmen für und 273 Stimmen dagegen, bei 22 Enthaltungen die liberalen Übernahmeregelungen der EU-Kommission ab. Kernstück dieser Richtlinie war der sog. Übernahmekodex, wonach der Vorstand eines Unternehmens keine Maßnahmen gegen „feindliche Übernahmeveruche“ hätte ergreifen dürfen, wenn dieser dazu keine Zustimmung der Hauptversammlung erhalten hat. Die Weigerung des EP, den Richtlinienvorschlag anzunehmen hat zur Konsequenz, daß es

keinen einheitliche europäische Regelung für Firmenübernahmen gibt.

Die Entscheidung des Parlaments in Straßburg ist ein Sieg der Bundesregierung, der Verbände der Deutschen Wirtschaft sowie der Gewerkschaften. Der EU-Kommissar Frits Bolkestein kommentierte die Entscheidung des EP mit den Worten: *„Zwölf Jahre Arbeit sind zunichte gemacht.“*

Nur zwei Tage vor der Entscheidung in Straßburg hatte am 03. Juli 2001 der EU- Wettbewerbskommissar Mario Monti mit seinem Veto die Übernahme von Honeywell durch General Electric (GE) verhindert. Damit hatte die EU-Kommission erstmals in der Geschichte eine Fusion von zwei US-Konzernen vereitelt, die in den USA bereits genehmigt war. Nach monatelangem Ringen war hierdurch die größte Industriefusion aller Zeiten gescheitert. Grund für das Votum in Brüssel, das die US-Regierung als Einmischung in ihre Wirtschaftspolitik kritisierte, war die Befürchtung der Kommission, der Mischkonzern GE könnte durch die Einverleibung des Flugzeugzulieferers Honeywell im Bereich der Luft- und Raumfahrt eine marktbeherrschende Position erlangen.

#### *Belgien übernimmt die EU- Ratspräsidentschaft*

Am 01. Juli 2001 ist die EU- Ratspräsidentschaft turnungsgemäß von Schweden auf das Königreich Belgien übergegangen. Ratspräsident ist nunmehr der liberale Ministerpräsident Guy Verhofstadt. *„Ideologische Berührungssängste kennt der liberale Politiker kaum. Von 1985 bis 1987 war er Vizepremier einer Koalition mit den Christlichen Demokraten. Seit nunmehr zwei Jahren steht er unangefochten an der Spitze einer bunten „lilagrünen“ Regie-*

*rung mit Sozialdemokraten und Grünen“* [FAZ vom 02.07.01].

Der Belgier Verhofstadt, der Luxemburger Jean-Claude Juncker und der Niederländer Wim Kok hatten sich bereits im Vorfeld mit einem sog. Benelux-Memorandum zu Wort gemeldet. Dieses Memorandum gilt als Absage an das zwischenstaatliche Europa und ist vielmehr ein Plädoyer für das gemeinschaftliche Europa. Verhofstadt geht es darum, mit der Kritik der Bürger umzugehen trotz unterschiedlicher Visionen von Europa seitens der EU-Staats- und Regierungschefs. In dem Benelux- Memorandum fordern die drei Regierungschefs ein gemeinschaftliches Verfahren der Zusammenarbeit auf alle Felder der Politik auszuweiten, insbesondere für die zwischenstaatlich und durch das Einstimmigkeitsgebot geprägte Sicherheits- und Verteidigungs- sowie für die Asyl- und Einwanderungspolitik. Die drei Regierungschefs wollen über den institutionellen Aufbau der EU erst am Ende der Debatte reden, um nicht schon alles im Vorfeld der Regierungskonferenz 2004 durch divergierende nationale Interessen zu blockieren. Das Benelux- Memorandum befürwortet überdies die Einberufung eines Verfassungskonvents. Dieser soll Vertreter der einzelnen Volksvertretungen, des Europäischen Parlaments, der Kommission und der EU- Regierungen umfassen. Auch die Beitrittskandidaten sollen zu der Arbeit des Gremiums beitragen können. Ziel des Konvents soll die Erarbeitung einer Europäischen Verfassung mit klarer Kompetenzverteilung zwischen der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten sein. Weiterhin soll der Präsident der Europäischen Kommission direkt von den EU- Bürgern gewählt werden.

Die größten Probleme der Europäer sind z.Z. die Arbeitslosigkeit, Zuwanderung, Kriminalität, die Lage auf dem

Balkan und andere Krisenherde. Die belgische Ratspräsidentschaft will entscheidende Weichen für 2004 stellen. Ob sie über die Ende 2000 im Vertrag von Nizza vereinbarten Ziele hinausgehen kann, dürfte jedoch bezweifelt werden. Guy Verhofstadt gilt jedoch als ambitioniert und engagiert. So hat er Ende Juni die verfassungsändernde Mehrheit im Parlament erhalten, den 1970 begonnenen Prozeß des Umbaus Belgiens von einem Zentral- zu einem Bundesstaat abzuschließen. Die Verhandlungen darüber hatten sich über Monate hingezogen. Die Regionen Flandern, Wallonien und die Hauptstadt Brüssel erhalten mehr Gestaltungsfreiheiten auf den Gebieten der Landwirtschafts-, Verkehrs- und Entwicklungspolitik. Der Umbau Belgiens zu föderalistischen Strukturen hat die Spannungen zwischen den Landesteilen gemildert.

### *Zukunftsforum Europa*

Die Europäische Kommission hat vor einiger Zeit ein internetgestütztes Forum über die Zukunft Europas errichtet, das unter <http://europa.eu.int/futurum> zu finden ist.

### *Italien*

Der Mailänder Medienmogul Silvio Berlusconi, Chef des Parteien-Bündnisses der rechten Mitte Forza Italia („Italien voran“), ist mit absoluter Mehrheit als Sieger aus den italienischen Parlamentswahlen am 13. Mai 2001 hervorgegangen. Zum zweiten Mal nach 1994 als Berlusconi bereits einmal sieben Monate die Regierung führte, ist der Mailänder nach einem ganz auf ihn zugeschnittenen Wahlkampf wiederum zum Chef der 59. Nachkriegsregierung gewählt worden.

Eine Isolation Italiens – vergleichbar den EU- Sanktionen gegen Österreich nach Amtsantritt der Mitte-Rechtskoalition ÖVP/FPÖ – wird es mit Sicherheit nicht geben, auch wenn es an der Machtfülle Berlusconis, der alleine drei nationale Fernsehkanäle besitzt, Kritik gibt. Verwunderlich war auch, daß die Wahllokale über das angeordnete Maß hinaus geöffnet blieben, nachdem sich infolge Zusammenlegung von Wahlkreisen riesige Warteschlangen vor den Wahllokalen gegeben hatte.

### *Großbritannien*

Tony Blair ist weiterhin Premierminister des Vereinigten Königreichs. Er wurde mit einer überwältigenden Mehrheit von 42 Prozent am 12. Juni 2001 für eine zweite Amtszeit wiedergewählt. Zum ersten Mal seit 100 Jahren erhält damit Labour das Mandat für eine volle zweite Amtszeit. Die Konservativen unter dem Parteichef William Hague erhielten nur 33 % der Stimmen. Der Parteichef erklärte noch in der Nacht seine Niederlage und zog sich vom Parteivorsitz zurück, ein Nachfolger wird wohl erst im Sommer gefunden werden. Hague hatte anscheinend die falschen Themen gewählt und mit der schrillen Europa-Hysterie wie aus dem Zeiten Margaret Thatchers große Teile der Bevölkerung verschreckt. Hague habe, so schrieb die FAZ Labour „den Gefallen getan, die traditionelle Mitte vollständig zu räumen“..

Die Liberal-Demokraten konnten einen Stimmenanteil von rund 19 % erringen und ihre Fraktionsstärke von 46 auf 52 Abgeordnete verbessern. Die Liberaldemokraten überflügelten dabei die Konservativen (15,5%) in Schottland mit 16,1% (bei einem Zuwachs von 3,8%). Die Liberal Democrats verfügen nunmehr über Parlamentsabgeordnete in Schottland, Wales und allen Regio-

nen in England [Worldlib-news issue 215]. Inzwischen sind die Liberal Democrats, die ursprünglich in der Mitte des politischen Spektrums verankert waren, zur einzigen, großen linken Partei geworden. Mit ihren nunmehr 52 Sitzen im Unterhaus in Westminster sind sie zu einem ernst zu nehmenden Faktor in der britischen Politik geworden. *„Die Liberaldemokraten gewannen unter ihrem neuen jugendlichen Chef Charles Kennedy sechs Abgeordnete hinzu und erklären sich jetzt zu der einzigen effektiven Opposition links von Labour. Letztlich stellen sie aber auch die Neue Mitte dar, die die Tories unter der Alt-Diva der britischen Politik, der Baronin Thatcher, auf ihrem Weg nach rechts verlassen hat“* [Werbke, Hans Joachim: Nach Blairs Sieg wird Labour an Labour gemessen, in: Das Parlament 15.06.2001].

Die Wahlbeteiligung bei den britischen Parlamentswahlen lag gut 10% unter der von 1997 und damit niedriger als jemals zuvor. Im nordenglischen Oldham-West, wo kurz vor der Wahl Rassenunruhen für Aufsehen gesorgt hatten, kam die rechtsradikale British National Party auf mehr als 16 % der Stimmen für einen ihrer Kandidaten. Die neue Regierung dürfte daher der sozialen Frage im Lande mehr Aufmerksamkeit schenken müssen. Interessant dürfte auch die Entwicklung der britischen Europapolitik sein. Neuer Außenminister und damit Nachfolger von Robin Cook wird Jack Straw, der als Euro-Skeptiker gilt.

### *Bulgarien*

Bei den Parlamentswahlen in Bulgarien siegte Mitte Juni die erst Anfang April gegründete Nationale Bewegung des früheren Zaren Simeon II. (NDSW), vor dem bislang regierenden konservativen Parteienbündnis Vereinigte Demokratische Kräfte (ODS). An

dritter Stelle liegt die ehemals kommunistische Bulgarische Sozialistische Partei (BSP), die überwiegend von der türkischen Minderheit getragene Bewegung für Rechte und Freiheiten (DSP). Die NDSW hatte nur knapp die absolute Mehrheit der Stimmen verpaßt. Sie stellt mit Simeon II., bürgerlich Simeon Sakschoburggotski (64), Prinz aus dem Hause Sachsen-Coburg-Gotha, der von einer „geistigen Wiedergeburt Bulgariens“ sprach, den Ministerpräsidenten des Landes. Simeon II. war von 1943 bis 1946 Zar und mußte nach einem von den Kommunisten manipulierten Volksbefragung das Land verlassen. Die Wahl des neuen Ministerpräsidenten stellt insofern eine Einmaligkeit dar, als ein ehemaliger König in einem Land gewählt wurde, das über Jahrzehnte vom Kommunismus geprägt worden war.

Die gemeinsame Liste des Movement of Rights and Freedoms – Liberal Union (MRF-LU) hat bei den Parlamentswahlen über 7% der Stimmen erhalten und verfügt über 21 von insgesamt 240 Sitzen im Parlament. Außerdem sind beide Gruppierungen Teil der neuen Regierungskoalition unter Führung Simeon II. [u.a. worldlibnews 216 (25.06.01), 220 (07.08.2001)].

Durch einen radikalen Reformkurs der bisherigen bulgarischen Regierung waren viele Menschen ins Elend gerutscht, fast 15 % der Bevölkerung des Balkanlandes leiden bereits Hunger. Es wird die vorrangige Aufgabe der neuen Regierung sein, die Wirtschaft anzukurbeln und die Lage großer Teile der bulgarischen Gesellschaft aus ihrer bedrängten Lage herauszuholen.

### *Schweiz*

Im Frühjahr 2002 stimmt die Schweiz in einem Volksentscheid über den Beitritt des Landes zu den Vereinten Na-

tionen (UNO) ab. Außer dem Vatikan und einigen pazifischen Atollen ist die Schweiz das einzige Land, das nicht Mitglied der Weltorganisation ist, obwohl man in Genf einen europäischen UN- Sitz beherbergt. Nach 1986 ist dies der zweite Anlauf für eine UN-Mitgliedschaft der Schweiz. Damals sprachen sich Dreiviertel der Bürger dagegen aus. Diesmal dürfte es wiederum schwer sein, die Stimmenmehrheit der einzelnen Kantone zu erreichen.

+++

### **Internationale Politik**

Kurz vor der ersten Europareise des US-Präsidenten George Bush hatte die Hinrichtung von Timothy McVeigh (33) am 11. Juni in Terre Haute, Indiana für Aufsehen gesorgt. Dieser war 1997 für schuldig befunden worden, am 19. April 1995 durch ein Bombenattentat auf das Gebäude einer Bundesbehörde in Oklahoma City 168 Menschen, darunter auch Kinder im ebenfalls hier untergebrachten Kindergarten, ermordet zu haben.

George Bush und der russische Präsident Wladimir Putin trafen am 16. Juni 2001 nahe der slowenischen Hauptstadt Ljubljana (früher Laibach) auf Schloß Brdo erstmals zusammen. In der Frage der von den US- Amerikanern geplanten Raketenabwehr ist man sich kaum näher gekommen. Gleiches gilt für die Osterweiterung der Nato. Bush hatte in einer wichtigen europapolitischen Rede in Warschau betont, Rußland brauche keine „Pufferzone“ und damit die Sorgen des weltgrößten Landes zurückgewiesen. Beide Präsidenten wollen sich im Herbst in den USA wiedersehen.

Vier Monate nach dem Amtsantritt von George Bush trat am 25. Mai 2001 der republikanische Senator James Jefford

aus dem liberalen Vermont aus Enttäuschung über die Arbeit der neuen Administration, insbesondere in Fragen der Sozialpolitik, aus seiner Partei aus und gehört nunmehr als Unabhängiger der zweiten Kammer des amerikanischen Kongress an. Nach den Parlamentswahlen im November 2000 hatte sich im Senat ein Patt von 50 zu 50 Stimmen ergeben; die entscheidende 101 Stimme kam von Vizepräsident Richard Cheney, der der Kammer vorsitzt. Als Ergebnis des Parteiaustritts Jeffords ergibt sich nunmehr eine „gespaltene Regierung“, weil dem republikanischen Präsidenten Bush ein von den Demokraten beherrschter Kongress gegenüber steht. Insbesondere bei der Besetzung der Richterämter des Supreme Court dürfte die Regierung vor enorme Schwierigkeiten gestellt sein, das Regieren dürfte insgesamt schwerer werden. Beobachter bezeichnen die Veränderungen durch den Parteiaustritt Jeffords als ein „Zurück zur Mitte“ im Kontrast zu teilweise extrem konservativen Bestrebungen in den USA.

Im Verhältnis zu den Vereinten Nationen (UN) hat sich die amerikanische Administration in der jüngsten Vergangenheit einige Schlappen hinnehmen müssen. Zunächst hatten die USA ihre Außenstände bei der Weltorganisation infolge eines vehement verfochtenen Sparkurses weiterhin nicht bezahlt, wobei die Finanznot die Handlungsfreiheit der UN noch weiter eingeschränkt wird. Als Konsequenz daraus verloren die USA Anfang Mai ihren Sitz in der Genfer Menschenrechtskommission, in der sie seit 54 Jahren vertreten waren. Wenige Tage darauf erlitten die USA ihre zweite Schlappe in kurzer Zeit: Die USA erhielten keinen Sitz im UN Anti-Drogen-Rat, dem internationalen Suchtkontrollrat (INCB), in dem sie seit 1968 vertreten waren. In diplomatischen Kreisen wird einhellig die Meinung vertreten, ein Signalcharakter

dieser Aktionen sei nicht zu übersehen. „ ... *Der neue Mann im Weißen Haus hat stellvertretend für seine Partei die Quittung für einen langjährigen hornhätigen Umgang mit dem Rest der Welt bekommen. Der republikanische Senat sperrte sich lange gegen die Schuldentilgung bei den UN, und er legte internationale Verträge auf Eis – wie jene gegen Landminen, für den Schutz der Kinder, gegen die Diskriminierung von Frauen und für die Einrichtung eines internationalen Gerichtshofs.*

*Bush selbst begann trotz aller guten Vorsätze seine Amtszeit mit Alleingängen bei der Raketenabwehr, beim Klimaschutz, gegenüber Korea und China. All das zeugte von einer gewissen Arroganz der Supermacht und irritierte Feind und Freund. Der bei den Europäern aufgestaute Unmut über amerikanische Alleingänge hat sich nun im Rausschmiss aus der Menschenrechtskommission und auch dem Suchtstoff-Kontrollrat entladen. Das war kurzfristig, und der Zustand wird von kurzer Dauer sein. Die Supermacht wird, das ist sicher, engagiert bleiben. Sie wird aber auch, das ist zumindest zu hoffen, aus der Erfahrung lernen“ [Koar, Jürgen: UN ohne USA, in: HAZ vom 11.05.01].*

+++

### 3. Gipfel der Amerikas

Vom 21. bis 24. April 2001 trafen sich 34 amerikanische Staats- und Regierungschefs unter Führung des liberalen kanadischen Premierministers Jean Chrétien in Québec.

Die Staats- und Regierungschefs bekannten sich hierbei zu einer „Hemisphäre der Freiheit und der Prosperität“. Das Treffen gilt als Meilenstein bei dem Versuch, 800 Mio. Menschen, darunter 40 Mio. Indianer und Eski-

mos, durch eine Kombination von Freihandel und Demokratie langfristig zu mehr Wohlstand, Bildung und sozialer Sicherheit zu verhelfen. Konkret soll dies durch die Schaffung einer großen Freihandelszone bis zum 01.01.2005 geschaffen werden. Für die Teilnehmer gibt es jedoch eine sog. Demokratieklause. Der kubanische Staatschef Fidel Castro wurde deshalb zum dritten Mal nach den Treffen in Miami (1994) und Santiago de Chile (1998) nicht eingeladen ...

Am Rande der Tagung kam es zu militanten Demonstrationen, die sich gegen die geplante Freihandelszone von der Arktis bis Feuerland aussprachen.

### Türkei

Große Sorgen bereitet derzeit die Schuldenkrise in der Türkei, einem derzeit zwischen Modernismus und islamischem Traditionalismus hin- und hergerissenen Land. Durch die Schuldenkrise war es im April zu Panik an den Finanzmärkten des Landes gekommen, was die bislang schwerste Krise der türkischen Republik heraufbeschworen hat. Der Ruf tausender Demonstranten nach Rückkehr der Generäle verheißt nichts Gutes und schwächt die Demokratie.

Rund 10 Mio. Türken, etwa ein Sechstel der Bevölkerung, leben unter der Armutsgrenze. Ministerpräsident Bülent Ecevit (76) konnte bislang die heimische Wirtschaft nicht aus der Krise herausführen. Als Folge daraus ist das Vertrauen in den Staat und die Politik nach Korruptionsfällen und dem Absturz der türkischen Lira erschüttert. Durch die angeschlagene wirtschaftliche Lage ist ein EU- Beitritt des Landes in weite Ferne gerückt.

### *Peru*

Erstmals in der Geschichte Perus wurde Anfang Juni ein Nachfahre der Indianer zum Präsidenten des Landes gewählt. 469 Jahre nach dem Untergang des Inkareichs 1532 setzte sich der Oppositionsführer Alejandro Toledo mit 52 % bei der Stichwahl um das Präsidentenamt durch. Toledo wird damit Nachfolger des umstrittenen Alberto Fujimori.

+++

### *Vereinte Nationen (UN)*

Per Akklamation wurde Ende Juni der UN- Generalsekretär Kofi Annan (63) für weitere fünf Jahre in seinem Amt bestätigt, seine zweite Amtszeit an der Spitze der Vereinten Nationen beginnt im Januar 2002. Alle 189 Mitgliedstaaten stimmten für ihn, ebenso erhielt er alle 15 Stimmen des Weltsicherheitsrates. Der Diplomat aus Ghana genießt hohes Ansehen in der UN und gilt als einer der erfolgreichsten Generalsekretäre in der 56jährigen Geschichte der Weltorganisation. Die zweite Amtszeit Annans bedeutet, daß Afrika nach Butros Ghali diesmal 15 Jahre lang den Spitzenfunktionär der Völkergemeinschaft stellen wird. Traditionell kommt der Generalsekretär der Vereinten Nationen alle zehn Jahre von einem anderen Kontinent.

Nicht unerwähnt sollte bleiben, daß die Hohe UN- Kommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson, entgegen ihrer ersten Ankündigung ihr Amt fortführen wird.

### *Japan*

Bei den Parlamentswahlen am 29. Juli 2001 in Japan wurden die regierenden konservativen Liberaldemokraten (LDP) unter Ministerpräsident Junichiro

Koizumi (59) deutlich bestätigt. Erstmals wurde in Japan eine Frau zur Außenministerin berufen: Makiko Tanaka (57), Tochter des ehemaligen Regierungschefs Kakuei Tanaka.

### *Milosevic vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag*

Der ehemalige jugoslawische Präsident Slobodan Milosevic wurde Ende Juni an das Kriegsverbrechertribunal des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag überstellt und bereits dem Gericht vorgeführt.

Die Chefanklägerin des Internationalen Kriegsverbrechertribunals für das frühere Jugoslawien in Den Haag, die Schweizerin Carla del Ponte, die sich auf die Anklageschrift vom 24.05.1999 stützt, ist optimistisch, den ehemaligen jugoslawischen Präsidenten für die ihm angelasteten Verbrechen im früheren Jugoslawien, an der albanischen Bevölkerung im Kosovo und dem Krieg in Bosnien- Herzegovina verurteilen zu können. Milosevic werden Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Deportation, Völkermord sowie Verfolgung aus politischen, rassistischen oder religiösen Motiven vorgeworfen.

Das Tribunal war am 22. Februar 1993 auf Vorschlag des UN- Generalsekretärs und des Weltsicherheitsrates errichtet worden. Bislang noch flüchtig sind die ehemaligen bosnisch-serbischen Führer Radovan Karadzic und Ratko Mladic, gegen die bereits vor fünf Jahren Anklage erhoben wurde.

Anfang August 2001 wurde der bosnisch-serbische General Radislav Krstic (55) wegen Völkermordes an Muslimen in der UN- Schutzzone Srebrenica von der ersten Strafkammer des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag zu 46 Jahren Haft verurteilt. Krstic war für schuldig befunden wor-

den, wissentlich an den organisierten, „erzwungenen Transfer“ von Frauen, Kindern und alten Menschen aus Srebrenica sowie an der Ermordung tausender bosnischer Muslime zwischen dem 10. und 19. Juli 1995 beteiligt gewesen zu sein. Durch die „ethnischen Säuberungen“ wurden neben Mißhandlungen und Deportationen innerhalb von acht Tagen bis zu 8.000 muslimische Männer im wehrfähigen Alter getötet und in verschiedenen Massengräbern verscharrt. Die Massenmorde von Srebrenica wurden in der Öffentlichkeit als die schlimmsten Vergehen an einer europäischen Zivilbevölkerung seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bezeichnet.

#### *Olympische Sommerspiele 2008 in Peking*

Das Internationale Olympische Komitee (IOC) hat sich auf seiner Sitzung Mitte Juli in Moskau für Peking als Austragungsort der Olympischen Sommerspiele 2008 entschieden. Peking hatte sich hierbei gegen seine Mitbewerber Paris, Toronto, Istanbul und Osaka durchgesetzt. Menschenrechtsgruppen kritisierten die Entscheidung des IOC als Verneigung vor dem kommunistischen Regime in China. amnesty international forderte, China müsse verstärkt Anstrengungen unternehmen, um seine Achtung der Menschenrechte zu beweisen. Das IOC hatte ihr Votum für das bevölkerungsreichste Land der Welt mit der Hoffnung verbunden, dies könne zur Öffnung und Demokratisierung Chinas beitragen. Hierzu Auszüge eines Kommentars von Susanne Iden aus der HAZ vom 04.07.2001: **Chinas Marathon:**

*„Eine versöhnliche Vision: Auf Pekings Platz des Himmlischen Friedens, dort, wo noch vor zwölf Jahren die Panzer der Volksbefreiungsarmee protestie-*

*rende Studenten zu Tode walzten, soll sich nun die Jugend der Welt zum olympischen Beachvolleyball-Turnier treffen.*

*Die traurige Wirklichkeit: Auf dem Platz des Himmlischen Friedens soll die Jugend der Welt auf Einladung der Staatsführung Beachvolleyball spielen – während zahllose Männer und Frauen noch immer in Umerziehungslagern und Gefängnissen stecken, weil sie freiheitliche Grundrechte eingefordert haben. ...“*

#### *Nachtrag: Tag des Buches*

Am 23. April 2001 wurde zum sechsten Mal der von der Unesco 1995 ausgerufenen Internationale Tag des Buches begangen. Dabei trat für Deutschland eine bedenkliche Erkenntnis zu Tage: Der Familieneinfluß zu lesen nimmt in der Gruppe der 14-19 Jahre alten Jugendlichen am stärksten ab. Wurden vor neun Jahren die meisten der erworbenen oder ausgeliehenen Bücher noch zu Ende gelesen, geschehe dies immer häufiger nur noch oberflächlich konsumiert oder nur angelesen. Fraglich ist dabei, wie die 28% der Bevölkerung, die außer dem Telefonbuch kein Buch in die Hand nehmen, Medienkompetenz erwerben oder sie an ihre Kinder weitergeben ...

Gleichzeitig ist der lesende Teil (etwa 50%) immer eifriger. Händler melden steigende Umsätze, Bücher sind die im Internet am häufigsten bestellten Produkte [HAZ vom 21.04.2001; FAZ vom 23.04.01].

#### *Isaiah Berlin Lecture am 25. Juni 2001*

Zu Ehren des großen liberalen Philosophen Isaiah Berlin (\*1909 +1997) fand am 25. Juni 2001 eine Isaiah Berlin Lecture statt. Aus der sehr interessanten und äußerst lesenswerten Re-

de von Annemie Neyts Uyttebroeck, Präsidentin der Liberal International unter dem Titel „**The Unique Approach of Liberalism**“ geben wir hier einen Ausschnitt wieder. Die Rede [deren gesamter Text sich unter [www.worldlib.org/li/berlin/index.html](http://www.worldlib.org/li/berlin/index.html) findet ] schließt mit den Worten:

*„I have pointed to several threats posed to liberalism by recent developments, in Europe and elsewhere and have indicated how, in my view, these threats should be answered. **The Battle for liberalism is far from won, but it is a most worthwhile battle because it is the battle for the recognition of the universal right to individual freedom. It is a battle I am most grateful to be able to contribute to.**“*

Vor zehn Jahren: Berlin- Entscheidung des Bundestages

Am 20. Juni 1991 entschied sich der Deutsche Bundestag im Anschluß an seine historische Bonn-Berlin- Debatte über den Sitz von Regierung und Parlament sowie der wichtigsten Verfassungsorgane in Berlin. Die Entscheidung war mit 337 zu 320 Stimmen relativ knapp ausgefallen. Der Umzugsbeschluß wurde ab 1999 umgesetzt, ist aber bis heute nicht ganz abgeschlossen. Von den damals veranschlagten Kosten von 30 bis 40 Mrd. DM sind heute nach divergierenden Schätzungen zwischen 70 und 80 Mrd. DM geworden.

+++

### Literaturhinweise

- Liberalismus

Otto Graf Lambsdorff (Hrsg.): Freiheit und soziale Verantwortung. Grundsätze liberaler Sozialpolitik, 270 Seiten, Frankfurt am Main 2001, 59,00 DM.

Hamm-Brücher, Hildegart: *Erinnern für die Zukunft*, München 2001.

- Menschenrechte

amnesty international: Jahresbericht 2001, Frankfurt am Main 2001, 647 Seiten, 21,90 DM [Berichtszeitraum 02.01.2000 bis 31.12.2000].

+++

### Termine

01.09.2001: Mitgliederversammlung der DGLI in Hamburg

01.01.2002: Spanien übernimmt die EU- Ratspräsidentschaft

01.07.2002: Dänemark übernimmt die EU- Ratspräsidentschaft.

01.01.2002: Griechenland übernimmt die EU- Ratspräsidentschaft.

### Erratum

Frits Bolkestein, ehemaliger Präsident der Liberal International und derzeitiger EU- Kommissar für den Binnenmarkt ist Niederländer.

+++

### Ein Zitat zum Schluß:

**„Es ist sehr schwierig, den Menschen klarzumachen, daß gerade in unserer Zeit wieder eine Art Wächterbewegung für die Freiheit notwendig ist, wenn sich nicht alle eines Tages in einer Umwelt wiederfinden wollen, wo auf einmal Freiheit deshalb wieder attraktiv geworden ist, weil sie verlorengegangen ist.“**

Karl- Hermann Flach (1929- 1973)

Deutsche Gruppe der Liberal International (DGLI)

## **LI- Kurier**

**Magazin der Deutschen Gruppe der Liberal International  
und der liberalen Bewegung für ein Vereintes Europa e.V. (DGLI)**

Erscheinungsweise: dreimal jährlich.

Nachdruck und Kopie nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Geschäftsstelle und Anschrift der Redaktion:

### **Deutsche Gruppe der Liberal International (DGLI)**

Minheimer Str. 47

13465 Berlin

Tel.: 030- 401 7113

Fax: 030- 406 36093

E-Mail: [info@dgli.de](mailto:info@dgli.de)

Homepage: [www.dgli.de](http://www.dgli.de)

Redaktion des LI- Kuriers sowie der Online- Redaktion

Jörg Paschedag, Generalsekretär

[sec-gen@dgli.de](mailto:sec-gen@dgli.de)

Dirk Weissleder, Pressesprecher

[presse@dgli.de](mailto:presse@dgli.de)

Beiträge für den LI- Kurier bitte über E-Mail oder auf dem Postwege an die Adresse unserer Geschäftsstelle.

Die Mitglieder der DGLI erhalten den LI- Kurier im Rahmen ihres Jahresbeitrages.  
Einzelpreis: DM 10,- zuzügl. Versand.

Bestellungen richten Sie bitte an die Geschäftsstelle.

V.i.S.d.P.: Dirk Weissleder.

### Bankverbindung

Commerzbank AG Berlin, Konto- Nr. 9246000, BLZ 100 400 00

**Deutsche Gruppe der Liberal International (DGLI),**

Geschäftssitz Berlin – Amtsgericht Charlottenburg – VR 13126 NZ –